

 **Bundesministerium
Bildung**

bmb.gv.at

BMB - II/3 (Koordination Logistik,
Schulrechtslogistik, Fremdlegistik)

Sammelanschrift
It. Verteiler
per E-Mail

Mag. Oliver Henhapel
Sachbearbeiter
oliver.henhapel@bmb.gv.at
+43 1 531 20-2325
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Antwortschreiben bitte unter Anführung der
Geschäftszahl.

Geschäftszahl: 2025-0.783.915

**Begutachtung - Bundesgesetz, mit dem das
Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das
Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und
Vorbereitungslehrgänge, das Land- und forstwirtschaftliche
Bundesschulgesetz, das Schulzeitgesetz 1985 und das
Berufsreifeprüfungsgesetz geändert werden; Begutachtungs-
und Konsultationsverfahren**

Das Bundesministerium für Bildung übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Schulzeitgesetz 1985 und das Berufsreifeprüfungsgesetz geändert werden, mit dem Ersuchen um Stellungnahme per E-Mail an die Adresse begutachtung@bmb.gv.at oder schriftlich in zweifacher Ausfertigung bis längstens

5. Dezember 2025.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, so darf Bedenkenfreiheit angenommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass gegenständlicher Entwurf im Rechtsinformationssystem des Bundes elektronisch verfügbar ist (<http://ris.bka.gv.at/>) und auf der Ressorthomepage abgerufen werden kann (<http://www.bmb.gv.at/>).

Weiters wird ersucht, eine allfällige Stellungnahme zum Gesetzesvorhaben auch dem Präsidium des Nationalrates nach Möglichkeit über die Internetseite <https://www.parlament.gv.at/beteiligen/stellungnehmen/ministerialentwuerfe/index.html> zu übermitteln.

Gegenständlicher Entwurf wird den gegenbeteiligten Gebietskörperschaften unter Hinweis auf die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, zur Stellungnahme bis längstens

5. Dezember 2025

übermittelt.

Wien, 7. November 2025

Der Bundesminister:

Christoph Wiederkehr, MA

Beilagen

Elektronisch gefertigt